



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/07/2012  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 12.12.2012  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Reflektion zur Elternbefragung -  
siehe Anlage zur Niederschrift zu ehemals TOP 5 JHA 14.11.2012
7. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung  
Vorlage: 1084/2012
8. Ausbau der Kindertagespflege  
Vorlage: 1121/2012
9. Veräußerung der ev. Kindertageseinrichtungen Vorhaller Straße und Salzburger Straße/ Trägerwechsel  
Vorlage: 1085/2012
10. Neubau/ U- 3 Ausbau der städtischen Kindertageseinrichtungen "Jungfernbruch" und "Am Bügel"  
Vorlage: 1107/2012
11. Einrichtung eines Waldkindergartens in Hagen  
Vorlage: 1125/2012



12. Kinderschutz in Hagen  
Vorlage: 1094/2012
13. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen  
Vorlage: 1123/2012
14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in diesem Jahr und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Weiterhin äußert er seine Freude darüber, dass Herr Steuber nach erfolgter Genesung wieder im Dienst ist.

Bezüglich der heutigen Tagesordnung stellt er fest, dass es keine Änderungswünsche gibt.

Herr Steuber bedankt sich für die zahlreichen Genesungswünsche und Aufmerksamkeiten, die ihn in den letzten Monaten erreicht hätten.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Goldbach erinnert daran, dass im Ausschuss das Integrationskonzept beraten worden sei. Darin enthalten sei der Auftrag gewesen, die Umwandlung der RAA zum nächstmöglichen Zeitpunkt in ein kommunales Integrationszentrum zu beantragen. Mittlerweile habe man dafür den Bewilligungsbescheid bekommen. Man befinde sich jetzt in der Vorbereitung. Man sei die erste RAA landesweit, die diese Umwandlung vollziehe.

Herr Reinke teilt mit, dass am 28. November der Fachbeirat der Kinderschutzambulanz getagt habe. Dort sei über die Arbeit der Kinderschutzambulanz und auch über deren Finanzierung gesprochen worden.

Herr Strüwer berichtet, dass er in der letzten Woche als Vorsitzender dieses Ausschusses zusammen mit der Vorsitzenden des Schulausschusses Frau Neuhaus zur AG 5 – Jugendhilfe und Schule – geladen gewesen sei. Dort sei es in besonderer Weise um den Offenen Ganzttag gegangen. In dem Zusammenhang habe man auch über Schulsozialarbeit gesprochen. Man habe sich seinerzeit darüber gefreut, 20 Schulsozialarbeiter einstellen zu können. Es werde schwierig sein, diese Schulsozialarbeiter auch über 2013 hinaus beschäftigen zu können, weil dann das vom Bund zur Verfügung gestellte Geld ausbleibe. Weil das auch für den Jugendhilfeausschuss eine ganz wichtige Angelegenheit sei, habe man vereinbart, Anfang nächsten Jahres zu diesem und anderen Themenbereichen eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss zu machen. Er stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.



### 3. Anliegen der Jugendräte

Frau Putela stellt sich vor. Sie sei bereits seit zwei Jahren im gesamtstädtischen Jugendrat und wolle heute einen ersten Eindruck von der Arbeit des Jugendhilfeausschusses bekommen.

Frau Borggräfe ergänzt, dass Herr Talash und sie im nächsten Jahr aufhörten und dann neue Vertreter den gesamtstädtischen Jugendrat im Jugendhilfeausschuss vertreten sein würden.

Herr Talash berichtet vom neuesten Stand im Hammeckepark. Dort sei Anfang Oktober die Skateranlage offiziell eingeweiht worden. Man plane für das kommende Jahr, diese Anlage noch zu erweitern. Dafür würden noch Sponsoren gesucht.

Herr Strüwer macht deutlich, welche wertvolle Arbeit in den gesamtstädtischen Jugendräten geleistet würde und er wünscht allen Akteuren weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

### 4. Bündnis für Familien

entfällt

### 5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass man damit beschäftigt sei, hinsichtlich des U3-Ausbaus einiges zu bewegen. Neben dessen Quantität und Qualität wolle die Verwaltung im Februar mit dem Ausschuss Eckpunkte und Verfahrensregeln abstimmen. Möglicherweise müsse das auch in eine Satzung einmünden, um entsprechend die Öffentlichkeit herzustellen. Dies sei eine dringende Empfehlung, die man aus einer gemeinsamen Veranstaltung beim Landesjugendamt mitgenommen habe.

Herr Steuber macht deutlich, dass die Ausführungen von Frau Versteeg-Schulte präventiv für den Fall gelten würden, dass die Rechtsansprüche nicht zu verwirklichen seien. Anfang Februar werde man wissen, wie viele Kinder von den Anmeldungen nicht berücksichtigt werden könnten. Man habe vor, dann sehr stark die Öffentlichkeit zu suchen, um möglicherweise Alternativen zu finden.

Auf die Frage von Herr Strüwer, wie viele Nachzügler es in den vergangenen Jahren gegeben habe, antwortet Frau Versteeg-Schulte, dass sich das mit denjenigen, die ihren Bedarf nicht geltend machen wollten, die Waage gehalten habe.



6. **Reflektion zur Elternbefragung -  
siehe Anlage zur Niederschrift zu ehemals TOP 5 JHA 14.11.2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

7. **Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung  
Vorlage: 1084/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack stellt die Vorlage vor.

Herr Strüwer erinnert an die letzte Jugendhilfeausschusssitzung, in der von der Verwaltung vorgetragen worden sei, dass man davon ausgehe, dass dieser Bedarf von 38 % mittelfristig zu sehen sei und dass man mit einem zurückhaltenden Optimismus in das Anmeldeverfahren gehe und hoffe, in Verbindung mit Tagespflege und den bestehenden Projekten den Bedarf weitestgehend decken zu können.

Habe er das richtig verstanden?

Frau Haack bejaht diese Frage. Man gehe davon aus, dass nicht alle Eltern am 01. August nächsten Jahres diesen Betreuungsbedarf hätten. Darüber hinaus habe man ein großes Kontingent an Tagespflege, das bisher nicht genutzt worden sei.

Herr Dr. Schmidt legt Wert darauf, klarzustellen, dass wenn der Bedarf bei 38 % läge, dieser nicht gedeckt werden könne. Auch wenn der Bedarf an der gesetzlichen Verpflichtung in Höhe von 32 % gemessen werde, könne er mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gedeckt werden. Bezogen auf den tatsächlichen Bedarf sei man auf einem guten Weg.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass Hoffnung der tatsächliche Bedarf sei. Sorge mache die prognostizierte Nachfrage.

Herr Losch fragt danach, wie es mit den Kinderentwicklungszahlen in den nächsten Jahren aussehe. Wie lange würde dieser Zustand anhalten, dass nicht ausreichend Plätze zur Verfügung gestellt werden könnten?

Herr Steuber macht deutlich, dass die Kinder, um die es jetzt gehe, schon geboren seien. Die Zahl der geborenen Kinder sei in den letzten Jahren in Hagen relativ konstant zwischen 1400 und 1500 pro Jahr. Man gehe nicht mehr davon aus, dass diese Zahl maßgeblich sinken werde.

Frau Debudaj gibt zu bedenken, dass eine Aufstockung von U3-Gruppen von 10 auf 15 Kinder ihres Erachtens nicht zu verantworten sei. Wie viele Erzieher seien dann in solch einer aufgestockten Gruppe tätig?



Frau Haack antwortet darauf, dass es nirgendwo so sein werde, dass die Gruppen auf 15 Kinder aufgestockt würden, so wie es das Landesjugendamt zulasse. Die Gruppen würden an verschiedenen Stellen maximal um 2 Kinder auf eine Gruppengröße von 12 Kindern aufgestockt. Die personelle Versorgung sei nach KiBiz vorgegeben und betrage pro 5 Kinder eine volle Stelle. Für 2 Kinder mehr werde dann eine halbe Stelle zusätzlich eingerichtet.

Herr Reinke möchte wissen, ob es denn schon Rückmeldungen von den Trägern gebe. Außerdem stimmten die Zahlen in den Tabellen auf den Seiten 3 und 4 nicht überein. Er bittet um Erläuterung. Bezüglich des Beschlussvorschlages schlägt er vor, im ersten Teil das Wort „**mittelfristig** stadtweit 38%“ zu ergänzen.

Herr Goldbach erinnert daran, dass in der letzten Sitzung dargelegt worden sei, dass das zwei Grundlagen habe. Einmal habe man diese qualifizierte Untersuchung, die auch landesweit anerkannt sei, die dieses Ergebnis habe. Zweitens habe man die begründete Vermutung, dass die letzte Tranche der Bundesmittel nicht mehr in die Fläche verteilt werde, sondern nach dem größten Abstand zwischen dem mitgeteilten Betreuungsquotenziel und dem tatsächlich erreichten Stand. Das hieße, dass dieser Beschluss dazu verhelfen könne, einen größeren Anteil an Mitteln zu bekommen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass man sich in einem Abwägungsprozess befinde. In Bezug auf den einklagbaren Rechtsanspruch könne man dann als Kommune schnell in die Situation geraten, die Differenz bis auf 38 % mitzufinanzieren und nicht die bisher vorgegebene Differenz auf bis zu 32 %.

Frau Versteeg-Schulte weist darauf hin, dass die Quote hilfreich für die Planung und Organisation sei, wichtiger sei jedoch die konkrete Nachfrage, die kommunal zu erfüllen sei.

Herr Strüwer schlägt vor, aufgrund der von der Verwaltung vorgetragenen Einschätzung die von Herrn Reinke vorgeschlagene Ergänzung nicht aufzugreifen.

Frau Haack beantwortet die Fragen von Herrn Reinke.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs U3. Könne man davon ausgehen, dass nach den Regionalkonferenzen, wenn feststehe, welche Bedarfe es noch gebe, die weiteren 4 Punkte der Liste angegangen würden?

Frau Klos-Eckermann mahnt, dass dies unter Wahrung eines gewissen Standards geschehen müsse.

Frau Haack berichtet, dass diese 4 Punkte von allen Trägern negativ bewertet worden seien. Diese könnten nur als absolute Notlösungen betrachtet werden.

Frau Debudaj möchte wissen, wo denn das Personal herkommen solle, wenn aufgestockt würde. Man habe ja bereits jetzt Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden.



Frau Haack teilt die Bedenken. Dabei handele es sich um ein Grundsatzproblem. Der Fachkräftemangel sei nun mal vorhanden.

Herr Strüwer möchte von den Trägervertretern wissen, ob denn die Ausbildungszahlen entsprechend höher seien als in den Jahren zuvor.

Herr Schurgacz bejaht diese Frage. Das sei aber bei Weitem nicht ausreichend.

Herr Dahme kann das bestätigen. Der Mangel zeichne sich schon ab. Es werde immer schwieriger, diese Stellen zu besetzen.

Frau Debudaj berichtet, dass sich die personelle Situation in der Kindertageseinrichtung, die ihr Kind besuche, nicht entspannt habe. Sie schildert die personelle Situation.

Auf Frage von Herrn Strüwer erklärt Frau Versteeg-Schulte, dass es sich bei dem geschilderten Fall nicht um einen Einzelfall handele. Das vorgegebene Stundenkontingent sei ausgeschöpft und ein neuer Antrag sei in Richtung Bezirksregierung unterwegs. Es sei zeitnah eine Antwort zugesichert worden.

Herr Feldhaus spricht die Frage der Übernahme der Trägeranteile an, die in vielen Vorlagen Thema seien. Ihn würde interessieren, wie es da bei der Kindertagesstätte Hegemann aussähe, die ja auch ausgeweitet würde.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass er diese Frage ungern beantworten würde. Er würde vermuten, dass Herr Feldhaus in solch einer Frage befangen sei.

Herr Steuber ist der Meinung, dass diese Dinge publiziert würden, wenn es gewollt und gewünscht sei. Auch daraus könne man doch gewisse Schlüsse ziehen.

Herr Strüwer erinnert daran, dass man in den vergangenen Jahren an verschiedenen Stellen nachgebessert habe, als es den Trägern so schlecht gegangen sei, dass sie ihre Trägeranteile nicht mehr hätten aufbringen können. Dies sei in einer Größenordnung in Höhe von ca. 800.000 € jährlich hier beschlossen worden. Er gehe davon aus, dass man Anfang nächsten Jahres eine Gesamtübersicht bekommen werde und dabei alle beteiligten Träger mit einbezogen würden. Im Moment sei man über jeden Träger froh, der bereit sei, Kindertageseinrichtungen zu betreiben und die Trägeranteile einzubringen.

Er stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Festlegung der Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren auf stadtweit 38%.
2. Die Platzkontingente für die Belegung des Kindergartenjahres 2013/2014 werden zur Kenntnis genommen.
3. Die Planung wird zu Beginn des Kindergartenjahres am 01.08.2013 umgesetzt.



**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 1

**8. Ausbau der Kindertagespflege  
Vorlage: 1121/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Herr Reinke bedankt sich für den Bericht und die Vorlage. Das werde seine Fraktion sicher so mittragen. Er bäte um weitere Ausführungen zum Aktionsprogramm Kindertagespflege. Bezüglich des Ausbaus der Kindertagespflege bittet er um Angabe von Zahlen. Wie hoch sei die Entlohnung der Tagesmütter? Wie sei die Fachberatung in Hagen organisiert?

Frau Versteeg-Schulte beantwortet die Fragen von Herrn Reinke dahingehend, dass eine Betreuung in Tagespflege durch den Caritasverband bzw. durch den Sozialdienst katholischer Frauen erfolge. Die Vergütung betrage 4 € pro Stunde bei vorliegender Qualifizierung. Aktuell habe man 135 Kindertagespflegepersonen, die auf selbständiger Basis arbeiteten. Insgesamt seien das 220 Plätze.

Aktuell befänden sich 117 Kinder in der U3-Betreuung. Zurzeit befinde man sich in der Startphase des letzten Projektes.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass auch in früheren Diskussionen deutlich geworden sei, dass Tagespflege ein familiäres System sei. Es biete zeitliche Flexibilität. Man habe in diesem Zusammenhang auch über Hemmnisse gesprochen. In der Vergangenheit sei es so gewesen, dass man nur ein bestimmtes Kontingent an Betreuungsstunden bekommen habe, dessen Bedarf man habe nachweisen müssen. Nun gehe man ja wohl in die Richtung, ggf. ein größeres Stundenkontingent anzubieten. Sei das so gedacht? Gebe es so etwas schon in anderen Städten? Das zweite Problem seien die Fehlzeiten, die zu einem Verdienstausschlag der Tagesmütter führten.

Frau Versteeg-Schulte macht deutlich, dass das bisherige Verfahren sowohl für Eltern, als auch für die Tagesmütter keine Sicherheit geboten habe. Der Gedanke sei nun, dass eine Pauschalvergütung Anreize schaffe, indem sie für die Tagespflege-





personen Sicherheiten biete. Ihr sei bekannt, dass einige andere vergleichbare Städte diesen Weg beschritten hätten. Die zusätzlichen Kosten seien nicht unerheblich. Eine beispielhafte Berechnung für Dezember habe zusätzliche Kosten in Höhe von über 31.000 € ergeben.

Herr Dr. Schmidt ist der Meinung, dass der Stundensatz von 4 € ein Hungerlohn sei. Hier müsse dringend etwas getan werden. Hier sei nicht nur die Kommune gefragt. Das familiäre Umfeld sei sicher die Stärke der Tagespflege. Es sei aber auch denkbar, als Kommune Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, in denen in einem Zentrum mehrere Tagespflegepersonen arbeiteten. Das könne ein Zukunftsmodell sein. Man sei ein wenig enttäuscht über den Erfolg der Anstrengungen, die man im letzten Jahr unternommen habe. Man müsse da differenzierter agieren.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass man auch in Zusammenarbeit mit den Trägern eine neue Vorlage erwarten könne.

Frau Versteeg-Schulte geht davon aus, dass diese im ersten Quartal des neuen Jahres vorgelegt werden könne.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den beteiligten freien Trägern Maßnahmenvorschläge zur Beseitigung der hier aufgeführten „Stolpersteine“ beim Ausbau der U3-Betreuung in der Kindertagespflege inkl. der finanziellen Auswirkungen im interkommunalen Vergleich zu entwickeln und dem JHA zur Entscheidung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>



9. **Veräußerung der ev. Kindertageseinrichtungen Vorhaller Straße und Salzburger Straße/ Trägerwechsel**  
Vorlage: 1085/2012

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer zieht das Fazit, dass der Investor der Kirchengemeinde das Grundstück abkaufe. Die Gemeinde nehme das Geld ein und anschließend werde der darauf stehende Kindergarten an einen anderen Träger vermietet. Das Land schiebe einer solcher Transaktion einen Riegel vor. Wenn das Land dort investiert habe, sei so etwas nicht möglich. Er würde gerne wissen, wer denn den Kindergarten seinerzeit finanziert habe. Sei das möglicherweise die Kommune gewesen?

Von Verwaltungsseite aus wird mitgeteilt, dass das seinerzeit durch die evangelische Kirche finanziert worden sei.

Herr Strüwer stellt fest, dass es jetzt eine Ausweitung von 4 auf 6 Gruppen gebe. Davon würden weiterhin 50% von der Kommune gefördert. Er halte das für angemessen. Er möchte wissen, ob es die Investoren schon gebe.

Herr Dahme teilt mit, dass die GWG in Haspe und Herr Wabbel in Vorhalle die Investoren seien.

Auf die Frage von Frau Köppen, ob es für die Übernahme der Trägeranteile durch die Stadt eine zeitliche Begrenzung gebe, teilt Frau Haack mit, dass die Förderung für die Dauer von 2 Jahren vertraglich vereinbart sei.

Herr Steuber möchte wissen, was mit eventuell vorhandenen Rücklagen geschehe.

Frau Haack antwortet, dass vorhandene Rücklagen an den neuen Träger übertragen werden müssten. Sie müssten dann allerdings auch für die Einrichtung eingesetzt werden. In diesem Fall seien keine Rücklagen vorhanden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Veräußerung zur Kenntnis und stimmt dem Trägerwechsel zu.
2. Die Maßnahmen werden zum 1.08.2013 umgesetzt.



**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

**10. Neubau/ U- 3 Ausbau der städtischen Kindertageseinrichtungen "Jungfernbruch" und "Am Bügel"  
Vorlage: 1107/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass es in der Bezirksvertretung Haspe und im Schulausschuss wegen der Vorlage zu Irritationen gekommen sei.

Die Bezirksvertretung Haspe sei ein Absatz in der Vorlage bezüglich der Kindertageseinrichtung „Jungfernbruch“ aufgefallen, in dem die zukünftige Schulraumsituation beschrieben werde, für den Fall, dass die Kindertagesstätte nicht in die Schule gebaut würde. Das seien Zahlen, die sich aus dem Schulentwicklungsplan so ergeben hätten. Trotzdem habe die Bezirksvertretung Haspe das Gefühl gehabt, dass die Verwaltung mit der Vorlage die Schulentwicklungsplanung in Haspe untergrabe. Er habe dafür Verständnis. Die Vorlage sei von der Bezirksvertretung Haspe nicht beschlossen worden. Das sei für die Kindergartenplanung bedauerlich. Im Schulausschuss sei die Vorlage so beschlossen worden, allerdings mit dem Hinweis, die Bedenken der Bezirksvertretung Haspe zu berücksichtigen. Die Vorlage bleibe auf der Tagesordnung des Rates für den folgenden Tag.

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass sie das Prozedere aus Sicht des Schulträgers der Kommune bedauerlich fände. Sie halte das Konstrukt, eine Kindertagesstätte in eine zum Teil leerstehende Schule zu bauen, für eine gute und sinnvolle Sache. Man könne sich den praktischen Gegebenheiten vor Ort nicht verschließen. Ihre Fraktion habe sich in keiner Weise inhaltlich dieser Vorlage verschlossen. Man sei inhaltlich voll auf Linie. Sie bitte den Jugendhilfeausschuss, die Vorlage zu beschließen. Aus Gründen der Fairness wolle man der Bezirksvertretung Haspe den Beratungszeitraum im Januar gewähren und die Vorlage morgen im Rat nicht beschließen, sondern noch eine Beratungsrunde schieben.

Herr Strüwer zeigt sich überrascht. Vor wenigen Wochen habe man über dieses Projekt beraten. Jetzt komme man plötzlich zu ganz anderen Ergebnissen. Er empört sich über die Gebäudewirtschaft Hagen, die in der Vergangenheit immer wieder zugesichert habe, die zeitlichen Vorgaben einhalten zu können. Nun werde gesagt, dass aus verschiedenen Gründen nur in den Sommerferien gebaut werden könne. Das könne er nicht verstehen. Es sei andererseits natürlich erfreulich, dass die GWG in Haspe sich in dieser Form einbringen wolle. In Bezug auf die andere Einrichtung



„Am Bügel“ habe man sich seinerzeit auf ein Investorenmodell geeinigt. Dieses Modell habe man für gut befunden, weil man kein Geld aus der Bildungspauschale nehmen müsse, sondern die Mittel für weitere Projekte zurückhalten könne. Er könne nicht verstehen, dass die Sachlage sich innerhalb von vier Wochen so verändert haben und eine Umsetzung zeitlich nun nicht mehr möglich sein solle.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass man lange mit der Planungsverwaltung gerungen habe. Diese halte ihre Planungsgrundsätze hoch. Man habe unterschätzt, dass an bestimmten Stellen am Standort „Am Bügel“ planerische Gesichtspunkte überlagert würden von gesetzlichen Notwendigkeiten. Der Zeitpunkt 2013/2014 lasse sich nicht mehr halten.

Herr Strüwer kann nicht nachvollziehen, dass der Zeitplan dann nur eingehalten werden könne, wenn die Stadt als Bauherr auftrete.

Herr Goldbach erläutert die Sachlage noch einmal ausführlich.

Herr Losch gibt zu verstehen, dass diese Vorlage so viele Fragen aufwerfe, dass er ihr heute nicht zustimmen könne. Er habe bereits bei der Beratung in der Bezirksvertretung Haspe nicht zustimmen können.

Herr Steuber bittet Herrn Losch, in der heutigen Sitzung nicht als „Hasper“ zu agieren, sondern als Jugendhilfepolitiker. Er weist darauf hin, dass man 2013 in einer außergewöhnlichen Lage sei. Keiner von ihnen könne das im Detail einschätzen, was nach dem Anmeldeverfahren im Januar auf sie zukomme. Aus diesem Grund müsse man froh sein, wenn sich ein Investor an einer Stelle finde. Er würde bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Losch stimmt den Ausführungen von Herrn Steuber zu. Er sei jedoch der Meinung, dass das nicht heute entschieden werden müsste.

Herr Fischer möchte wissen, ob denn ausreichend Schulplätze für die Kinder vorhanden seien. Das sei ja aussagekräftiger, als der Wegfall einer Schule. Entspreche die Schulsituation dann auch noch den Bedürfnissen der Eltern? Weiterhin wüsste er gern, ob die Bezirksvertretung ein solches Vorhaben verhindern könne, wenn sie nicht damit einverstanden sei.

Frau Klos-Eckermann bittet eindringlich, den Sachverhalt Jugendhilfe von Schule zu trennen. Diese beiden Gebiete seien natürlich miteinander verwoben. Sie weise darauf hin, dass die SPD-Fraktion im Schulausschuss im Rahmen der Beratung der Schulentwicklungsplanung für Haspe darauf gedrungen habe, eine Kausalität aus der Entwicklung der Friedrich-Harkort-Schule herauszunehmen. Man habe den Beschlussvorschlag dahingehend geändert, dass die Schule erhalten bleibe und eine Kindertagesstätte integriert werde. Wenn das aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr möglich sei, bitte sie, diese Entscheidung von einer möglichen Schulentwicklungsplanung in Haspe zu trennen. Sie bitte, dass beide Fachausschüsse ihr Votum positiv gäben, dass die Jugendhilfe hier richtig aufgestellt sei, um der Bezirksvertretung eine klare Haltung zu vermitteln. Die letzte Entscheidung liege dann im Februar 2013 beim Rat der Stadt Hagen.



Herr Dr. Schmidt gibt zu bedenken, dass in einem solchen Fall drei Monate verloren gingen. Dann sei das Projekt nicht mehr bis Sommer zu verwirklichen.

Bezogen auf die Frage von Herrn Fischer teilt Herr Steuber mit, dass die Bezirksvertretungen in diesem Fall ein Anhörungsrecht hätten.

Herr Strüwer spricht die notwendigen Investitionen in diesem Bereich in den nächsten Jahren an. Dank Bundesmittel, Konnexitätsmittel vom Land und der Bildungspauschale sei vieles möglich. Die Bildungspauschale stehe natürlich auch nur begrenzt zur Verfügung. Wenn ein Investor zur Verfügung stehe, könne man die Mittel aus der Bildungspauschale besser für etwaige andere Projekte zurückhalten. Es stelle sich die Frage, ob man nicht eventuell in diesen Beschlussvorschlag bestimmte Dinge noch zusätzlich einbringen solle. Er formuliert mögliche Erweiterungen der Beschlussvorschläge. Damit könne man eine frühe Festlegung vermeiden und Handlungsspielräume eröffnen.

Herr Fischer erinnert daran, dass er nach den Bezügen zur Schule gefragt habe.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass das eine Frage sei, die in der Bezirksvertretung Haspe, im Schulausschuss und im Rat ausführlich diskutiert würde. Er persönlich habe dazu eine klare Auffassung. Er würde die Kipperschule schließen.

Frau Haack erläutert noch einmal ausführlich die Vorteile der in der Vorlage geschilderten Vorhaben.

Herr Strüwer geht davon aus, dass in den kommenden Jahren noch einige Vorhaben auf die Stadt zukämen, so dass man dann sicher froh sei, noch auf Mittel aus der Bildungspauschale zurückgreifen zu können. Er habe Sorge, dass das Geld bei der angestrebten Lösung in Zukunft fehlen würde.

Herr Dr. Schmidt macht noch einmal deutlich, dass man hier zwei Projekte habe, die stimmig seien. Man könne mit beiden Projekten im Januar nächsten Jahres anfangen. Beide Projekte seien durchfinanziert ohne kommunalen Anteil. Positive Folge sei eine deutliche Aufstockung von Plätzen.

Herr Strüwer stellt fest, dass man sich bezüglich der Einrichtung „Jungfernbruch“ einig sei. Bezüglich der Einrichtung „Am Bügel“ stelle sich die Frage, was eine zweckmäßige Finanzierung sei. Da sei hauptsächlich von seiner Seite die Frage in den Raum gestellt worden, inwieweit man das nicht auch mit einem Investorenmodell verwirklichen könne. Er formuliert eine Erweiterung des Beschlussvorschlages zur Einrichtung „Am Bügel“.

Herr Feldhaus möchte wissen, ob die Verwaltung zukünftig an dem Konzept festhalte, Grundschulen und Kindertageseinrichtungen zusammenzubringen, auch wenn es in diesem Fall nicht zu verwirklichen sei.

Herr Dr. Schmidt bejaht diese Frage. Er habe sich geärgert, dass das Vorhaben in der Friedrich-Harkort-Schule nicht verwirklicht würde.

Herr Strüwer stellt die Beschlussvorschläge getrennt zur Abstimmung.



Bei Punkt 2 schlägt er vor, den Satz um einen weiteren Satz zu erweitern:  
„Alternativ ist der Ausbau der Einrichtung als Investorenmodell zu prüfen.“

Herr Steuber weist darauf hin, dass bei einer solchen Erweiterung nicht klar sei, was die Beschlusslage sei. Das sei für ihn keine präzise Auftragslage an die Verwaltung. Er erläutert die Problematik.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Steuber zieht Herr Strüwer seinen Antrag auf Erweiterung des Beschlussvorschlages zu TOP 2 zurück.

### **Beschluss:**

1. Als Ersatz für die Kindertageseinrichtung Jungfernbruch wird durch Anmietung von Räumlichkeiten der GWG auf dem Grundstück Louise-Märcker-Str. 28-30 eine 4-gruppige Einrichtung betrieben.

### **Abstimmungsergebnis:**

- Einstimmig beschlossen  
 Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 1  
Enthaltungen: 0

2. Die Kita „Am Bügel“ wird aus Mitteln der Bildungspauschale und des Belastungsausgleichsgesetzes Jugendhilfe in eigener Regie erneuert.

### **Abstimmungsergebnis:**

- Einstimmig beschlossen  
 Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10  
Dagegen: 1  
Enthaltungen: 3



3. Beide Maßnahmen werden im Kindergartenjahr 2013/2014 umgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**11. Einrichtung eines Waldkindergartens in Hagen**  
**Vorlage: 1125/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Biedermann berichtet von einem Waldkindergarten in Karlsruhe. Die Kinder hielten sich den ganzen Tag im Freien auf und seien immer in Bewegung. Allerdings gebe es auch Hütten als Anlaufstelle.

Frau Köppen fragt, ob es schon einen Träger für diesen Waldkindergarten gebe.

Frau Haack erklärt, dass das noch nicht feststehe. Auf die Frage von Frau Köppen nach dem Alter der Kinder teilt sie mit, dass Kinder ab 2 Jahren den Waldkindergarten besuchen könnten.

Herr Losch macht darauf aufmerksam, dass es „Im Deerth“ einen Maßregelvollzug gebe. Er fragt, inwieweit es räumliche Berührungspunkte beider Einrichtungen gebe?

Frau Versteeg-Schulte teilt mit, dass der Waldkindergarten weit oberhalb des Gebäudes des Vollzuges und der Drogeneinrichtung „Im Deerth“ sei. Es handele sich um ein altes Waldarbeitergebäude. Das sei eine exklusivere Möglichkeit als die sonst üblichen Hütten oder Bauwagen. Der GWH als Investor habe sich bereiterklärt, entsprechend zu investieren. Man gehe davon aus, dass es eine Elternschaft gebe, die einen Zugang zu dieser Art Kindergarten finden werde.

Frau Helling nimmt Bezug auf die Aussage, dass in Waldkindergarten Ü3-Kinder betreut würden. Da in diesem Bereich ja kein Mangel an Plätzen bestehe, müsse doch in einer anderen Einrichtung eine Umwandlung von Ü3 in U3-Plätze erfolgen. Sei das geplant?



Frau Haack erklärt, dass man in bestimmten Stadtteilen auch nach wie vor noch Bedarf für die Betreuung von Kindern über 3 Jahren habe. Die Waldkindergärten seien grundsätzlich eingruppig. Die Kinder, die einen solchen Waldkindergarten besuchten, kämen ja aus allen Stadtteilen quer durchs Stadtgebiet.

Frau Köppen hält das für ein gutes Angebot, das die Vielfalt vergrößere.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf den angesprochenen Maßregelvollzug „Im Deerth“. Da müssten natürlich Vorkehrungen getroffen werden, um dem erweiterten Sicherheitsbedarf der Kinder und auch der Eltern entgegenzukommen. Die Fachverwaltung habe sich offensichtlich intensiv mit dieser Frage beschäftigt und sehe keine Gefährdung für die Kinder.

Auch Herr Feldhaus begrüßt die Erweiterung der Kindergartenlandschaft durch einen Waldkindergarten. Aus eigenen Erfahrungen sehe er eine gute Chance, die Einrichtung mit Kindern zu besetzen. Die Einrichtung „Im Deerth“ werde von der Arbeiterwohlfahrt betrieben. Diese Einrichtung beschäftige sich mit ehemals Drogenabhängigen. Sie befinde sich in einem Naherholungsgebiet und sei in sich geschlossen. Eine Gefährdung der Kinder sei aus seiner Sicht nicht gegeben.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Einrichtung eines Waldkindergartens zu. Das Projekt wird zum Kindergartenjahr 2013/2014 realisiert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

## **12. Kinderschutz in Hagen** **Vorlage: 1094/2012**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Simon erläutert die Vorlage (**siehe Anlage zu TOP 12**).





Herr Strüwer stellt fest, dass dieser Bereich im Haushalt der Stadt Hagen eine Aufwertung erfahren habe.

Herr Reinke freut sich, nach Einrichtung der Kinderschutzambulanz und der Willkommensbesuche weitere Bausteine des Kinderschutzes hinzufügen zu können. Er halte die Netzwerkarbeit für ein sehr wichtiges Thema. Es sei gut, dass in diese Arbeit investiert werde. Da man hier heute über fast eine Million Euro beschließe, hätte er sich eine Beteiligung im Vorfeld gewünscht. Er habe bestimmte Ideen, die er hartnäckig verfolge. Dazu gehörten auch Präventionsangebote wie zum Beispiel die Theaterstücke „Mein Körper gehört mir“ oder zu dem Thema „Cybermobbing“. Diese sollten stadtweit angeboten werden. Weiterhin nimmt er Bezug auf den Beratungsanspruch für Minderjährige. Er wünsche sich, aus diesem Topf die sogenannten Selbstmelder bei der Kinderschutzambulanz zu finanzieren. Außerdem sollten die Familienzentren gestärkt werden. Er habe darum gebeten, dass man hier im Ausschuss mal das Konzept dazu vorstelle. Bei einem derart großen Finanzvolumen würde er gern darüber sprechen, was dort konzeptionell geplant sei. Wie ausgeführt, sei die Angelegenheit sei zwar mit den Trägern abgestimmt worden, die Politik sei jedoch nicht beteiligt gewesen. Er fühle sich insoweit vor vollendete Tatsachen gestellt. Er frage nach dem Protokoll und der Teilnehmerliste der Sitzung mit den Trägern, die am 05.11.2012 stattgefunden habe.

Frau Simon macht deutlich, dass man unter ziemlichem Zeitdruck gestanden habe.

Frau Köppen erklärt, dass ihr der gewählte Weg gut gefalle, da dieser beinhalte, dass Projekte vergeben würden. Ihr sei wichtig, dass die Ideen dort entstünden, wo vor Ort gearbeitet würde. Sie schlägt vor, dass sobald ein Projekt konkrete Züge annehme, dieses im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Dann könne der Ausschuss dann noch Einfluss darauf nehmen.

Frau Klos-Eckermann äußert auch ihre Freude darüber, dass der Kinderschutz endlich gestärkt werde.

Herr Feldhaus nimmt Bezug auf die dargestellte Summe von 980.000 Euro. Handele es sich dabei um neue kommunale Mittel, die jetzt in diese Bereiche fließen? Er bedankt sich für die umfangreiche und grundlegende Arbeit an dieser Stelle. Für ihn sei ein wichtiger Punkt, dass die Netzwerkarbeit als Steuerungsinstrument an die kommunale Verwaltung angebunden werde. Er hoffe, dass die Dinge, die man sich vornehme, auch umgesetzt werden könnten.

Herr Strüwer kann sich vorstellen, dass man in einem Unterausschuss über die Verwendung der Mittel beraten könne. Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hagen beschließt die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes sowie den Ausbau der präventiven Hilfen entsprechend der Verwaltungsvorlage zum 01.01.2013.



2. Die für das Jahr 2012 kurzfristig vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel werden wie dargestellt eingesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**13. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen  
Vorlage: 1123/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Hagen beschließt den III. Nachtrag zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen, wie sie als Anlage Gegenstand der Verwaltungsvorlage (Drucksachen-Nr. 1123/2012) vom 04.12.2012 ist.

Die Änderungen treten zum 01. 01. 2013 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0



**14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Frau Biedermann weist auf die noch verbliebenen Teddys der Aids-Hilfe hin, die zum Preis von 6 Euro käuflich erworben werden könnten. Sie hoffe, dass diese noch vermittelt werden könnten.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.50 Uhr

gez. Willi Strüwer  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin